

17. Januar 2018

Postulat

Dorothea Frei (SP)
Patrick Albrecht (FDP)
und 2 Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat jährlich einen Kurzbericht zur Sicherheitssituation der Mitarbeitenden des Stadtammann- und Betreibungsamtes 11 nach Umzug ins Verwaltungsgebäude Eggbühl vorzulegen. Insbesondere sollen die Ausrückzeit, die Anzahl der Einsätze und kritische Situationen ohne (rechtzeitigen) Polizeieinsatz dokumentiert werden.

Begründung:

Die sicherheitstechnisch wichtige Nähe zur Polizei wird nach dem Umzug des Stadtammann- und Betreibungsamtes 11 in das Verwaltungsgebäude Eggbühl nicht mehr bestehen.

Das Betreibungsamt kann gemäss Art. 64 Abs. 2 und Art. 91 Abs. 2 und 3 SchKG, sowie zum Schutz des Beamten Polizeigewalt in Anspruch nehmen. Mit der örtlichen Nähe der Kriminalabteilung Amtsaufträge zum Standort Schwamendingenstrasse des Betreibungsamtes 11 sind Einsatzzeiten von ca. 2 Minuten die Regel, wenn es zu Gewalt und/oder Drohung kommt. Die Einsatzzeiten der über den Notruf 117 gerufenen Polizist*innen an die Eggbühlstrasse betragen mindestens 8 Minuten. Bei dieser massiven Verschlechterung der Sicherheit ist rechtzeitiges Eintreffen der Einsatzkräfte nur teilweise gegeben.

Das grösste Stadtammann- und Betreibungsamt der Stadt Zürich bearbeitet jährlich knapp 23 000 Betreibungen und knapp 16 000 Pfändungsankündigungen. Davon werden ca. 1500 polizeiliche Vorführungen angeordnet und bis anhin wurden bekannte gewalttätige Schuldner und Schuldnerinnen aus Sicherheitsgründen direkt auf den Polizeiposten vorgeladen, um den Pfändungsvollzug unter polizeilicher Aufsicht vollziehen zu können. Dies wird durch die grosse Distanz nicht mehr möglich sein und auch diese Schuldner und Schuldnerinnen werden künftig direkt in VZ Eggbühl vorgeladen.

Dorothea Frei



Gemeinsame Behandlung mit der Weisung 2017/206